

Positionspapier

Jüdisches Leben in Berlin und die Abgeordnetenhauswahl 2026

Warum die Alternative für Deutschland (AfD) und die LINKE jeweils eigene Risiken darstellen

Zusammenfassung

Am 20. September 2026 wählt Berlin ein neues Abgeordnetenhaus. Sowohl die LINKE als auch die AfD müssen dabei in Berlin als Gefahr für eine jüdische Zukunft angesehen werden. Aus jüdischer Perspektive ist dabei entscheidend, ob und wie sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung delegitimieren, Antisemitismus normalisieren und in Berlin ein Klima befördern, in dem jüdisches Leben praktisch unsicherer wird.

Was auf dem Spiel steht: AfD, LINKE und die Gefährdung jüdischen Lebens in Berlin

AfD und Linke unterscheiden sich in Stil, Milieu und politischer Tonlage deutlich, nicht aber darin, dass **von beiden aus jüdischer Perspektive eigenständige Risiken** ausgehen. Die AfD arbeitet mit einem staatstragenden Image - Ordnung, Sicherheit, „Schutz jüdischen Lebens“ als Abgrenzung gegen Muslime - während sie zugleich über völkisches Denken, Geschichtsrevisionismus und institutionenfeindliche Polarisierung den normativen Rahmen verschiebt. Die Linke bespielt in Berlin vor allem über lauten, emotionalisierten Aktivismus das Thema Nahostkomplex und schafft so eine Atmosphäre, in der Juden zu Bekenntnissen gegen Zionismus und Israel gedrängt werden und Personen, die sich nicht antiisraelisch positionieren wollen, angegriffen oder aus der partei- und gesellschaftspolitischen Debatte gedrängt werden.

Beide Parteien **spielen dabei auf unterschiedliche Weise Minderheiten gegeneinander aus**. Die AfD instrumentalisiert Juden im Kulturkampf gegen Araber und Muslime und gibt vor, auf der Seite jüdischen Lebens zu stehen, ohne einen universalistischen Minderheitenschutz zu vertreten. Die Linke stellt sich lautstark auf die vermeintliche Seite von Arabern und Muslimen und arbeitet dabei mit einer Rhetorik, in der „Zionisten“, „Imperialisten“ oder „Kriegstreiber“ als Feindbilder markiert werden und Juden im Ergebnis ebenfalls zum Gegenstand identitärer Lagerpolitik werden, während Muslimen und Arabern keine politische Perspektive jenseits einer Funktion als antiisraelische Empörungsmasse zgedacht ist.

Die Berliner AfD arbeitet über **Anti-Establishment-Rhetorik, erinnerungspolitische Verschiebungen und die Instrumentalisierung von Bedrohungsgefühlen** an der **Normalisierung rechtsextremer Deutungen**. Dabei greift sie nicht nur diffuse Ängste auf, sondern bespielt auch tatsächlich bestehende Probleme und Bedrohungslagen in einer Weise, die nicht auf demokratische, sachliche und lösungsorientierte Bearbeitung zielt, sondern auf **Zuspitzung, Emotionalisierung und gesellschaftliche Polarisierung**. Die Bundespartei gilt laut Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall, was auch Berliner Debatten prägt, etwa in Schulen und öffentlichen Einrichtungen. Berlin ist dabei ein besonderer Resonanzraum: jüdische Sichtbarkeit und Erinnerungskultur, migrations- und kulturpolitische Konflikte und ein aufgeladenes Protestmilieu treffen hier aufeinander - und genau hier gilt: **Demokratie und Rechtsstaatlichkeit** (inklusive Minderheitenschutz) sind das Fundament, auf dem jüdisches Leben dauerhaft sicher und selbstverständlich möglich ist. AfD und LINKE arbeiten hingegen an Polarisierung und bespielen emotional aufgeladene Feindbilder.

Die Gefahr ist also verschieden gelagert: Bei der AfD liegt sie stärker in der **institutionellen Normalisierung antidemokratischer, revisionistischer und rechtsradikaler Politik** mit langfristiger Wirkung auf den demokratischen Rahmen. Bei der Linken liegt sie stärker in der **milieu-, kampagnen- und straßenseitigen Normalisierung israelfeindlicher Feindbildpolitik**. Beiden gemeinsam ist ihre Bündnis-/Unterstützeroffenheit gegenüber problematischen Akteuren und die Schwächung klarer antisemitismuskritischer Standards.

Auch die jeweiligen **Jugendorganisationen** verschärfen das Risikoprofil beider Parteien. Bei der **AfD** sind oder waren Jugendstrukturen immer wieder ein Rekrutierungs- und Radikalisierungsraum für völkische, rechtsextreme und demokratiefeindliche Positionen; bei der **LINKE** zeigen Jugendstrukturen eine besondere Offenheit für ideologisch aufgeladene, antizionistische und teils antisemitische Nahost-Deutungen, die innerlinke Antisemitismuskritik eher zurückdrängen als stärken. Aus **demokratischer Perspektive** ist das problematisch, weil politische Nachwuchsorganisationen hier nicht als Korrektiv, sondern als Beschleuniger von Polarisierung und Radikalisierung wirken.

Keine Mehrheiten mit Parteien, die jüdisches Leben unter Druck setzen

Wer jüdisches Leben in Berlin schützen will, sollte nicht in althergebrachten Extremismus-Etiketten denken, sondern in **Risikoprofilen**: Was in diesem Dokument beschrieben ist, sind keine Randerscheinungen, sondern Systeme. Die AfD arbeitet daran, die demokratischen Fundamente zu verschieben, auf denen Minderheitenschutz überhaupt erst möglich ist - leise, institutionell, mit staatstragendem Habitus. Die LINKE normalisiert in relevanten Teilen eine Atmosphäre, in der jüdische Präsenz in dieser Stadt zunehmend unter Druck gerät - laut, emotional, mit Bündnispartnern, die man nicht beim Namen nennen möchte.

An CDU, SPD und Grüne richten wir uns direkt: Sie werden nach dem 20. September an Koalitionstischen sitzen. Sie werden Angebote bekommen, Mehrheiten basteln müssen, unter Druck stehen. Und es wird Stimmen geben, die sagen: Einmal ist keinmal. Ausnahmsweise. Im Großen und Ganzen. Als kleineres Übel.

Sie werden sich verleitet sehen, in Koalitionsvereinbarungen mit „roten Linien“ erwartbare Ausfälle verhindern oder einzelne Personen aus Aufgabenverteilungen ausschließen zu können. **Nein.**

Es gibt kein strategisches Kalkül, das aufwiegt, was auf dem Spiel steht. Jüdisches Leben in der Mitte einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft braucht keine symbolischen Bekenntnisse, die unter Koalitionsvorbehalt stehen. Es braucht eine politische Umgebung, in der die Grenzen des Sagbaren nicht täglich neu verhandelt werden. In der Sicherheit kein Privileg ist. In der Antisemitismus und Autoritarismus - von rechts wie von links - nicht als Kollateralschaden einer Regierungsbeteiligung mitgetragen werden.

Inhalt

Jüdisches Leben in Berlin und die Abgeordnetenhauswahl 2026	1
Zusammenfassung	1
AfD Berlin: Risikoprofil aus jüdischer Perspektive	4
Belege AfD Berlin	8
Erinnerungspolitische Tabubrüche und strategische Grenzverschiebungen	8
Vernetzung in extremistische, neonazistische und gewalttätige Milieus	10
Offenheit für verschwörungsideologische und staatsfeindliche Milieus.....	11
Die LINKE Berlin: Risikoprofil aus jüdischer Perspektive.....	14
Belege Die LINKE Berlin.....	19
Abbruch von Diskussion und Vereinheitlichung der Parteilinie	19
Israelfeindliche Delegitimierung und Eskalation durch Extremvorwürfe.....	20
Terrorverharmlosung / Islamismus-Naivität bzw. Bündnisoffenheit	22
Normalisierung antisemitischer Kampagnen gegen Israel	25
Parteinachwuchs: Linksjugend [‘solid].....	26

AfD Berlin: Risikoprofil aus jüdischer Perspektive

Dieses Risikoprofil bietet einen kompakten Überblick und wird durch die Belege im nachfolgenden Abschnitt fundiert.

1) Ideologische Grundlagen

- **Ethnokulturelles Zugehörigkeitsverständnis**
- **Instrumentalisierung jüdischen Lebens**
- **Anschlussfähigkeit für antisemitische Deutungen**
- **Schleichende Erosion demokratischer Standards**

Das AfD-Programm setzt auf ein ethnokulturelles Leitbild und stellt **Pluralität als Problem**¹ dar. Auch in Berlin würde das „Zugehörigkeit“ enger definieren und Minderheiten – auch Juden – stärker zum Gegenstand von Kulturkampf machen. Für jüdisches Leben bedeutet das: weniger Selbstverständlichkeit, mehr **Polarisierung**, mehr Ressentiment-Anschluss. Im Programm enthaltene „jüdisch-christliche“ Bezugnahmen dienen dabei eher zur Abgrenzung denn als Minderheitenschutzprinzip². **Juden werden als Verschiebemasse** im Kulturkampf bspw. gegen „die Muslime“ instrumentalisiert, während universalistische Standards erodieren³.

Dazu kommt eine **Kulturkampf-Logik** gegen „Ideologie“ in Schule, Medien und politischer Bildung. Das trifft erfahrungsgemäß auch Antidiskriminierungsarbeit und Erinnerungskultur: Unter Labels wie „Identität“ und „Heimat“ werden pluralistische Institutionen, politische Bildung und Antidiskriminierungsarbeit delegitimiert, also genau jene Infrastruktur, die demokratische Konfliktbearbeitung stabilisiert. **Totalitarismus- und Extremismusgleichsetzungen** dienen dazu, Gegner zu delegitimieren, Bedrohungsgefühle zu instrumentalisieren und eigene harte Positionen als „Normalität“ bzw. einzige Alternative zu verkaufen.

Die AfD verbindet in ihrer ideologischen Ausrichtung teils vordergründig eine israelsolidarische Selbstdarstellung mit einer politischen Praxis, in der **antisemitische Chiffren und verschwörungsideologische Feindbilder** immer wieder anschlussfähig bleiben⁴.

¹ Das Bundesamt für Verfassungsschutz sieht in der AfD ein „völkisch-abstammungsmäßig geprägtes Volksverständnis“, das gesellschaftliche Veränderungen als „Verdrängungsprozess“ zulasten der ethnisch-deutschen Bevölkerung deutet; Pluralität erscheint damit nicht als demokratische Normalität, sondern als Bedrohung eines ethnisch homogen gedachten Volkes. Vgl.: https://www.verfassungsschutz.de/DE/verfassungsschutz/der-bericht/vsb-rechtsextremismus/vsb-rechtsextremismus_node.html; <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/glossareintraege/DE/E/ethnopluralismus.html>

² Vgl. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/10-jahre-antisemitismus-95251/> oder <https://www.boell.de/de/2024/07/01/die-afd-und-ihr-verschleierter-antisemitismus>

³ Vgl. <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/257899/die-afd-und-der-antisemitismus/> oder <https://www.zentralratderjuden.de/presse/juden-gegen-die-afd/>

⁴ Vgl. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/antisemitismus-und-die-afd-99509/>

Dazu gehören auch Begriffe wie „Globalisten“⁵ oder „Bevölkerungsaustausch“⁶, die im Kontext von Verschwörungserzählungen auftauchen, welche Rassismus und Antisemitismus miteinander verknüpfen: diese behaupten eine geheime, oft jüdisch gedachte Elite hinter Migration, gesellschaftlichem Wandel und politischem Kontrollverlust und **verbinden so antisemitische Weltdeutung mit rassistischer Mobilisierung**.

Vor diesem Hintergrund lässt sich die Tatsache, dass sich die Berliner AfD, ähnlich wie die Bundestagsfraktion, in Bezug auf den israelischen Krieg gegen den Iran bislang deutlich zurückhaltender äußert als andere Teile der Partei⁷, nicht als Beweis einer antisemitismuskritischen Haltung lesen. In anderen Landesverbänden und Strömungen der AfD sind antiisraelische und antisemitisch anschlussfähige Deutungen längst offen artikuliert worden – etwa wenn Israel als weltgefährdender kleiner Staat, der andere „einkauft“, als Akteur „ethnischer Säuberungen“ und des „Staatsterrorismus“ oder als Objekt einer **überzogenen deutschen Sonderloyalität** dargestellt wird⁸. Die Positionierung zu Israel ist in der AfD zudem seit Jahren ein Debattenthema⁹.

In Summe wirkt das in Berlin im Vergleich zu anderen Landesverbänden weniger durch Krawall, sondern durch **diskursive Verschiebung und institutionelle Anschlussfähigkeit** – mit dem Ergebnis einer schleichenden Erosion der rechtsstaatlich-demokratischen Standards, von denen jüdisches Leben in Berlin abhängt.

2) Antisemitische und extremismusoffene Signale in jüngerer Zeit

- **Vernetzung in rechtsextreme, neonazistische und gewaltbereite Milieus**
- **Radikalisierungstendenzen in Partei und Nachwuchs**
- **Verschwörungsideologische und antisemitische Anschlussfähigkeit**
- **Verharmlosung von Extremismus und politischer Gewalt**

Die Berliner AfD-Fraktion hat wiederholt gezeigt, dass sie in Fragen der **Shoah-Erinnerung und des historischen Konsenses provoziert, relativiert oder symbolpolitisch entgrenzt**. Solche Vorgänge sind nicht nur geschmacklos, sondern Teil der **Diskursverschiebungsstrategie** der AfD: Sie zielen auf den kulturellen Grundvertrag, dass die Shoah im demokratischen Berlin nicht relativiert, verspottet oder als Kulisse für **Kulturkampf** benutzt wird.

Hinzu kommt eine **personelle und organisatorische Offenheit ins äußerste rechte Spektrum** durch Personal, Netzwerke und politische Gesten. Maßgebliche Berliner AfD-

⁵ Vgl. <https://www.ajc.org/translatehate/globalist>

⁶ Vgl. <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/glossareintraege/DE/G/grosser-austausch.html>

⁷ <https://afdbundestag.de/positionierung-zum-israelisch-iranischen-krieg/>

⁸ Vgl. <https://www.belltower.news/israel-iran-konflikt-die-afd-und-das-ende-der-strategischen-israelsolidaritaet-160547/>

⁹ Vgl. bspw. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article254080382/AfD-Kritik-an-Chrupalla-Ich-verstehe-nicht-wieso-wir-als-AfD-nun-Israel-in-den-Ruecken-fallen.html>

Akteure stehen nicht für glaubwürdige Abgrenzung, sondern für Übergänge zwischen parlamentarischer Partei, völkisch-nationalistischen Strömungen und rechtsextremem Vorfeld. Rechte Radikalisierung erscheint dabei als kalkulierte Erweiterung des eigenen Resonanzraums: Funktionäre mit „Flügel“-Vergangenheit, Kader aus der aufgelösten Jungen Alternative und Brückenbauer ins neurechte oder völkische Spektrum markieren, dass die Partei ihre Anschlussfähigkeit nach weit rechts nicht kappt, sondern pflegt. Das stabilisiert die Bindung zu **rechtsextremen Vorfeldmilieus**. Die politische Botschaft lautet damit: Solange das Milieu **gegen die verhassten „Eliten“, gegen den demokratischen Mainstream oder gegen linke Gegner** mobilisiert werden kann, bleibt es anschlussfähig.

3) Strategie und Gangart

- **Anti-Establishment-Inszenierung und Monopolanspruch auf Opposition**
- **Verfolgungserzählungen und Delegitimierung demokratischer Institutionen**
- **Erinnerungspolitische Tabubrüche und strategische Grenzverschiebungen**
- **Alarmistische Sicherheitsrhetorik und autoritäre Zuspitzung**

Die Berliner AfD arbeitet strategisch mit **Anti-Establishment-Inszenierung**, dem Anspruch, die einzig „echte“ Alternative zu sein, gezielten **Tabubrüchen** zur Verschiebung des Sagbaren, hoher **Anschlussfähigkeit an extremistische und verschwörungsideologische Milieus** und einem **Law-and-Order**-Daueralarm als politischer Bühne.

Kern ist eine konsequente **Delegitimierung demokratischer Institutionen**: Senat, Medien und „Altparteien“ werden als Kartell gerahmt, das gegen „die Bürger“ arbeite, wodurch Kritik und Kontrolle nicht als Bestandteil demokratischer Normalität, sondern als Beweis der eigenen Verfolgungserzählung erscheinen¹¹.

Daran schließt der **Monopolanspruch auf Opposition**^{12,13,14} an: Wer sich als einzige Alternative stilisiert, kann politische Konkurrenz entwerten und sich der Sachpolitikprüfung entziehen, weil jede Gegenrede als „Systemreaktion“ verbucht wird. Damit einhergehend pflegt die AfD auch in Berlin eine Sicherheitsdebatte, in der „Sicherheit“ oft der

¹⁰ Der „Flügel“ war die völkisch-nationalistische, um Björn Höcke und Andreas Kalbitz formierte Strömung der AfD, die das Bundesamt für Verfassungsschutz 2020 als „erwiesene extremistische Bestrebung“ einstuft; obwohl sie sich anschließend formal auflöste, stieg sie innerparteilich zu einem Machtzentrum auf und trieb die Radikalisierung der AfD maßgeblich voran.

¹¹ Nyhuis et. al. (2023): Anti-Establishment-Politik und die Wandlung des deutschen Parteienraums. In: Ackermann, K., Giebler, H., Elff, M. (Hg.) Deutschland und Europa im Umbruch. Wahlen und politische Einstellungen. Springer VS, Wiesbaden.

¹² <https://afd-fraktion.berlin/thorsten-weiss-afd-altparteien-erweisen-sich-erneut-als-demokratieverachter/>

¹³ <https://afd-fraktion.berlin/dr-kristin-brinker-afd-waehler-werden-sich-durch-faesers-afd-rhetorik-nicht-hinters-licht-fuehren-lassen>

¹⁴ <https://treptow-koepenick.afd.berlin/2024/12/team-alice-weidel-kanzlerkandidatin/>

identitätspolitischen Dauerdramatisierung (No-go-Frames, Bedrohungs- und Alarmrhetorik) dient, wodurch **rechtsstaatliche Abwägungen als Schwäche** erscheinen und **autoritäre Lösungen** plausibler werden.

Ein drittes Muster sind **Grenzttests über Tabubrüche**, sowohl in erinnerungspolitischen Fragen, als auch in der Frage von Verbindungen in den klaren Extremismus: hier folgt auf Provokation und Empörung eine nachgeschobene Relativierung – und daraus die Konstruktion einer „Sprechverbot“-Erzählung¹⁵. Dies ist ein auch in der außerparlamentarischen extremen Rechten beliebtes Vorgehen und kann als subtile einladende Geste an dieses Milieu verstanden werden.

In Summe zielt diese Gangart weniger auf punktuelle Mehrheiten als auf die Verschiebung dessen, was als normal, sagbar und politisch legitim gilt - ein Mechanismus, der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als **Fundament gesellschaftlicher Stabilität systematisch unter Druck** setzt. Zugleich wird durch omnipräsente „wir-gegen-die“-Erzählungen ein manichäisches Weltbild gezeichnet, das durch **Emotionalisierung und Alarmismus** Zugehörigkeiten und Feindbilder schafft und einer demokratischen, sachlichen Auseinandersetzung den Boden entzieht.

4) Bewertung aus jüdischer Perspektive

- **Ethnokulturelle Exklusion statt verlässlichem Minderheitenschutz**
- **Antisemitische Anschlussfähigkeit hinter formeller Israelsolidarität**
- **Rechtsextreme Öffnungen, Radikalisierung und fehlende Abgrenzung**
- **Strategische Grenzverschiebung zulasten demokratischer Standards**

Die Berliner AfD arbeitet typischerweise weniger über offene Militanz als über legalistische, institutionell anschlussfähige Formen der **Delegitimierung**: parlamentarische **Provokation**, symbolische **Angriffe** auf Erinnerungskultur, diskursive **Normalisierung**. Zudem vertritt die Partei ein ethnokulturelles und autoritär aufgeladenes Politikmodell, in dem Pluralität als Problem erscheint, universalistische Standards erodieren und Minderheiten verstärkt zum Gegenstand von Kulturkampf werden. Dass die AfD dabei nach außen häufig um ein „bürgerliches“ bzw. „staatstragendes“ Image ringt, macht das Risiko nicht kleiner, sondern spezifisch: Die Gefahr liegt in der Normalisierung, nicht im Krawall. Aktuell zeigt sich zudem, dass sich im Berliner Umfeld auch parteinahe Nachwuchsstrukturen organisatorisch neu formieren – ein Hinweis auf langfristige Verankerungsambitionen¹⁶.

¹⁵ <https://taz.de/AfD-und-Erinnerungskultur/!6058203/>

¹⁶ <https://www.n-tv.de/regionales/berlin-und-brandenburg/Verfassungsschutz-sieht-sich-bei-AfD-Jugend-bestaetigt-id30344765.html> ; <https://www.zeit.de/news/2026-02/07/afd-jugendorganisation-startet-in-berlin-und-brandenburg>

Besonders problematisch ist die **Doppelstruktur** der Berliner AfD: nach außen teils israel solidarische Selbstdarstellung, zugleich aber eine politische Praxis, in der antisemitische Chiffren, verschwörungsideologische Feindbilder und antiisraelische Lesarten jederzeit andocken können. Diese Ambivalenz mindert das Risiko nicht, sondern erhöht es, weil sie antisemitische Deutungen nicht offen ausstellt, sondern im Rahmen einer formal demokratischen und scheinbar legitimen Sprache mittransportiert. Gerade darin liegt aus jüdischer Perspektive eine zentrale Gefahr: Antisemitismus erscheint nicht notwendig als offenes Programm, sondern als jederzeit verfügbare Hintergrundstruktur.

Hinzu kommt eine **erhebliche Offenheit** in rechtsextreme, völkische, verschwörungsideologische und gewaltbereite Milieus. Diese sind Teil des politischen Resonanzraums, den die Partei strategisch bespielt. Das schwächt die Glaubwürdigkeit jeder behaupteten Abgrenzung und sendet das Signal, dass Radikalisierung, Tabubrüche und extremistische Anschlussfähigkeit politisch nicht hinderlich, sondern mobilisierungsfähig sind. Für jüdisches Leben ist das deshalb relevant, weil gerade solche Milieus antisemitische Feindbilder, Geschichtsrevisionismus und autoritäre Freund-Feind-Logiken besonders stark verdichten.

Die AfD **spielt zudem Minderheiten gegeneinander aus**, indem sie „Schutz jüdischen Lebens“ als Hebel nutzt, um Muslime pauschal zu stigmatisieren und gesellschaftliche Konflikte zu verschärfen – Juden werden dabei als Legitimation im Kulturkampf benutzt. Diese scheinbar sichere Position ist trügerisch, weil sie Juden nicht als gleichberechtigte Bürger schützt, sondern **als politische Ressource instrumentalisiert** und damit den rechtsstaatlichen Minderheitenschutz untergräbt, von dem jüdisches Leben in Berlin abhängt¹⁷.

Belege AfD Berlin

Erinnerungspolitische Tabubrüche und strategische Grenzverschiebungen

Das ironische Spiel mit Shoahgedenken und gesellschaftlichem Konsens in erinnerungspolitischen Fragen ist seit langem ein Markenzeichen neonazistischer und rechtsextremer Milieus. Dabei wird durch eine scheinbar naive Infragestellung historischer Fakten einerseits die Grenze des Sagbaren verschoben, andererseits geriert man sich als Rebell

¹⁷ [https://www.kas.de/de/analysen-und-argumente/detail/-/content/keine-alternative-die-afd-und-israel#:~:text=Auspr%C3%A4gungen%2C%20Funktionen%20und%20Wahrnehmung%20der%20E2%80%9EIsrael%2DSolidarit%C3%A4t%E2%80%9C%20der,f%C3%BCr%20Deutschland%20\(AfD\)%20als%20E2%80%9EPartei%20f%C3%BCr%20Antisemiten%E2%80%9C.](https://www.kas.de/de/analysen-und-argumente/detail/-/content/keine-alternative-die-afd-und-israel#:~:text=Auspr%C3%A4gungen%2C%20Funktionen%20und%20Wahrnehmung%20der%20E2%80%9EIsrael%2DSolidarit%C3%A4t%E2%80%9C%20der,f%C3%BCr%20Deutschland%20(AfD)%20als%20E2%80%9EPartei%20f%C3%BCr%20Antisemiten%E2%80%9C.)

gegen angeblich „von oben“ vorgegebene Sprechverbote. Diese Strategie harmoniert mit der Selbstinszenierung der AfD als Anti-Establishment-Kraft; regelmäßige „Eklats“ dieser Art erhalten außerdem auch die Sympathien des rechtsextremistischen und revisionistischen Vorfelds.

Treffen der Landesvorsitzenden mit Rechtsextremisten 2023

Ein typisches Beispiel für das Wechselspiel von Tabubruch und Relativierung in der Berliner AfD war ein **Treffen der Berliner Landesvorsitzenden Kristin Brinker mit bekannten Rechtsextremisten** 2023. Brinker, nur mit Unterstützung des „Höcke-Flügels“ in ihr Amt gekommen und ihrem Selbstverständnis nach der „parlamentarische Arm“ der Anti-Corona-Proteste¹⁸, hat keine Berührungsängste mit den rechtsextremen Figuren der Partei. Anfang 2024 wurde bekannt, dass Kristin Brinker an einem Treffen in der Wohnung des früheren Berliner Finanzsenators Peter Kurth teilgenommen hatte, bei dem auch **Maximilian Krah** sowie der neurechte Verleger **Götz Kubitschek**, zentraler Akteur des vom Verfassungsschutz als gesichert **rechtsextremistisch eingestuften IfS-Netzwerks**¹⁹ und der als „Führungskader der rechtsextremistischen **Identitären Bewegung (IB)** Österreich“ und Leitfigur der IB im deutschsprachigen Raum eingeschätzte²⁰ **Martin Sellner** anwesend waren. Nachdem das öffentlich wurde, reagierte Brinker ausweichend und erklärte, sie sei vom Publikum „geschockt“ gewesen und schnell gegangen – was ihr parteiintern und öffentlich Kritik einbrachte, weil sie die Teilnahme nicht klar verantwortete. Später traten solche Abgrenzungsprobleme zu Rechtsextremisten weniger sichtbar auf: Bei der Wahlparty des AfD-Bundesverbands am Wahlabend 2025 zeigte sie demonstrative Nähe zu Björn Höcke²¹.

Eklat am Holocaust-Gedenktag 2025

Ähnlich funktionierte der **Eklat um Marc Vallendar am Holocaust-Gedenktag** 2025, als der nach einer provokanten Relativierung von NS-Verbrechen im Innenausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses („Es mag ja sein, dass es Kriegsverbrechen gegeben hat...“) erst nach Protest eine formale „Korrektur“ nachschob²². Es handelt sich bei der Aussage wohl kaum um mangelnde Informiertheit Vallendars; vielmehr entspricht auch diese Aktion der „Tabubruch“-Strategie. Sympathisanten wissen hierbei trotz der scheinbaren

¹⁸ <https://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2021-04/52734398-berliner-afd-erklaert-sich-zum-parlamentarischen-arm-der-anti-corona-proteste-007.htm>

¹⁹ <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/rechtsextremismus/das-netzwerk-der-neuen-rechten.html#doc1755240bodyText2>

²⁰ <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/rechtsextremismus/das-netzwerk-der-neuen-rechten.html#doc1755240bodyText5>

²¹ <https://www.tagesspiegel.de/berlin/treffen-mit-rechtsextremen-mehr-einfluss-fur-hardliner-der-radikale-weg-der-afd-berlin-13642435.html>

²² <https://www.welt.de/politik/deutschland/article255262618/Mag-ja-sein-Berliner-AfD-Abgeordneter-relativiert-NS-Verbrechen.html> ; https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100585432/holocaust-gedenktag-afd-politiker-marc-vallendar-loest-eklat-aus.html

Einhegung, wer auf ihrer Wellenlänge ist, gleichzeitig wird in bürgerliche Lager Mäßigung suggeriert.

Vernetzung in extremistische, neonazistische und gewalttätige Milieus

Radikalisierung der Berliner Partei am Beispiel Thorsten Weiß

Thorsten Weiß, innenpolitischer Sprecher und Anhänger von Björn Höcke²³ sowie bis zu dessen „Auflösung“ 2020 Berliner Obmann der Parteiströmung „**Der Flügel**“, steht für einen radikaleren Kurs, während die Fraktionschefin Brinker in Berlin immer wieder einmal ausgleichende und relativierende Worte findet. Diese Strategie ist bei der AfD bewährt, um mit immer neuen Wechselspielen von Tabubruch und staatstragendem Habitus den Inhalt der politischen Ausfälle zu normalisieren. So stellt der Tagesspiegel eine Entwicklung hin zu einem „radikaleren Kurs der Berliner AfD“ fest, wo sie bisher „im Vergleich zu den Ost-Landesverbänden als vergleichsweise gemäßigt“ galt (ebd.).

Weiß, vormals Chef der Berliner „**Jungen Alternative**“ wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz sowohl im Prüffall-Gutachten 2019 als auch im Verdachtsfall-Folgegutachten 2021 als relevante Figur geführt, u.a. wegen Flügel-Einbindung und Radikalisierungsdynamiken^{24,25}. Zudem tritt Weiß nicht als Distanzierer, sondern als Brückenbauer ins rechtsextreme Vorfeld²⁶ auf – etwa indem er Vernetzungstreffen bzw. -plattformen²⁷ organisiert, die ausdrücklich die Bindung der so genannten Mosaikrechten²⁸ sowie „alternativer Medien“ wie AUF1, Compact oder Freilich-Magazin²⁹ und Vorfeldstrukturen an die AfD stärken sollen³⁰.

²³ <https://www.tagesspiegel.de/berlin/treffen-mit-rechtsextremen-mehr-einfluss-fur-hardliner-der-radikale-weg-der-afd-berlin-13642435.html>

²⁴ <https://netzpolitik.org/2025/verdachtsfall-rechtsextremismus-wir-veroeffentlichen-das-1-000-seitige-verfassungsschutz-gutachten-zur-afd/>

²⁵ <https://netzpolitik.org/2019/wir-veroeffentlichen-das-verfassungsschutz-gutachten-zur-afd/>

²⁶ Vgl. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-01/junge-alternative-afd-identitaere-bewegung-zusammenarbeit>

²⁷ Weiß im Interview bei „EinProzent“ über seine Plattform „Debattennetzwerk Idearium“: <https://podcast.einprozent.de/das-debattennetzwerk-idearium-thorsten-weiss-im-gespraech-650/>

²⁸ „Mosaikrechte“ bezeichnet ein strategisches Netzwerk unterschiedlicher rechter bis rechtsextremer Akteure und Milieus, die trotz ideologischer Unterschiede arbeitsteilig zusammenwirken; der Begriff geht auf den neurechten Publizisten Benedikt Kaiser zurück, der ihn 2017 in Anlehnung an Hans-Jürgen Urbans Konzept der „Mosaik-Linken“ prägte.

²⁹ Interview mit Weiß über seine „alternative Buchmesse“ bei Compact-TV: <https://www.youtube.com/watch?v=tZnf4DCLzMI>

³⁰ Vgl. <https://taz.de/Vernetzungstreffen-AfD-und-Neue-Rechte/%216003389/> oder <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-09/afd-berlin-wahl-abgeordnete-abgeordnetenhaus-rechtspopulismus/seite-2>

Extremer Parteienachwuchs

Martin Kohler ist Vorsitzender der AfD-Fraktion in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf, Beisitzer im AfD-Landesvorstand und Jugendbeauftragter der Landespartei. Vor seiner Wahl zum Vorsitzenden des Berliner Landesverbands der AfD-Jugendorganisation „Generation Deutschland“ (GD)³¹ war Kohler Vorsitzender des Berliner Landesverbands der vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuften und inzwischen aufgelösten Jugendorganisation der AfD „Junge Alternative“³². Das legt nicht nur eine gewisse Ähnlichkeit dieser beiden Gruppen nahe, sondern spricht auch für eine extreme Positionierung Kohlers. Der gibt für die Berliner GD nun die schmissige Losung aus, eine „schlagkräftige Jugend“ zu versammeln³³.

Langjährige Kontakte in rechtsextreme Milieus

Auch **Gunnar Lindemann**, Mitglied der Abgeordnetenhaus steht innerhalb der Berliner AfD seit Jahren für eine politische Praxis mit problematischen Überschneidungen ins extrem rechte Milieu. So berichtete die taz über einen Teilnehmer einer **Neonazi-Demonstration**, der mutmaßlich als Mitarbeiter oder enger Vertrauter Lindemanns galt³⁴; hinzu kommt Lindemanns Präsenz auf einer Berliner „**Friedensdemo**“, auf der auch der **Rechtsextremist und Holocaustleugner Nikolai Nerling** auftrat³⁵. Bereits 2016 berichtete der Tagesspiegel über Lindemanns auf Facebook geäußertes Interesse an einer **NPD-Demonstration** sowie der Gruppe „Verabschiedungskultur“, in der nationalistische und antisemitische Inhalte offen geteilt wurden³⁶. Aus jüdischer und demokratieschützender Perspektive ist das besonders relevant, weil solche Beispiele den Eindruck verstärken, dass selbst gegenüber neonazistischen und geschichtsrevisionistischen Randmilieus keine klare Trennlinie gezogen wird.

Offenheit für verschwörungsideologische und staatsfeindliche Milieus

Hinzu kommt eine auffällige **Offenheit für verschwörungsideologische Lager**: In der Corona-Zeit wurde der Berliner Landesverband ausdrücklich als parlamentarischer Anockpunkt dieser Protestmilieus beschrieben, der Misstrauen gegen Staat und Rechtsstaat politisch verwertbar macht, statt es zu begrenzen³⁷.

³¹ <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2026/02/berlin-brandenburg--afd-jugendorganisation-gruendet-verbaende.html>

³² https://www.tagesspiegel.de/politik/afd-will-nachwuchs-neu-organisieren-junge-alternative-lost-sich-am-31-marz-auf-13129693.html?icid=in-text-link_13510111

³³ <https://www.zeit.de/news/2026-02/07/afd-jugend-gruendet-berliner-landesverband-proteste-vor-ort>

³⁴ <https://taz.de/Mutmasslicher-AfDler-auf-Nazi-Demo/!5758238/>

³⁵ https://berlin.t-online.de/region/berlin/id_100134830/afd-parteitglieder-und-holocaustleugner-bei-demo-von-sahra-wagenknecht-in-berlin.html

³⁶ <https://www.tagesspiegel.de/berlin/zu-rechts-fur-die-afd-5230564.html>

³⁷ <https://cemas.io/blog/verschwoerungserzaehlungen-und-die-afd/>

Verschwörungsideologische Anklänge und Brücken in den Antisemitismus

Beatrix von Storch, Spitzenkandidatin der Berliner AfD für die Bundestagswahl 2025, bedient seit Jahren verschwörungsideologisch offene Deutungsmuster, etwa wenn sie 2024 das Weltwirtschaftsforum als Treffen von „Staatslenkern, Wirtschaftsgrößen und **Globalisten**“ beschreibt, die ihre Interessen „auf Kosten freiheitsliebender Bürger weltweit“ durchsetzen wollten³⁸, wenn sie 2025 behauptet, „**Soros, Gates und Co. sind das wirkliche Problem**“³⁹, oder wenn sie 2023 vor einer von der WHO angeblich vorbereiteten „globalen **Gesundheitsdiktatur**“ warnt und mit ihrem Online-Medium „Die Freie Welt“⁴⁰ die dahinterstehenden „Netzwerke“ aufdecken will⁴¹. Bereits 2022 sprach sie zudem von einer durch „WEF-Schwab und andere[] Freiheitsfeinde“ propagierten „**Neuen Weltordnung**“⁴². Diese Aussagen sind deshalb relevant, weil sie politische und gesellschaftliche Prozesse nicht als Ergebnis offener Konflikte und Interessen, sondern als Werk verdeckt agierender Eliten, Netzwerke und Strippenzieher deuten.

Gottfried Curio, langjähriger Berliner AfD-Funktionär und aktuell innenpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, verknüpfte 2021 in einem Video zum „**Great Reset**“ die Kritik an wirtschaftspolitischen Neuordnungsentwürfen des WEF mit verschwörungsideologischen Chiffren, indem er vor einer geplanten „weltweiten **Einebnung von Kultur, Staatsgebiet, Bevölkerung**“ warnte, das Ziel eines von politischen Eliten mit globalen Konzernen gemeinsam errichteten „**Weltsozialismus**“ behauptete, Klaus Schwab die Zusammenarbeit mit „linksextremistischen Straßentruppen“ zuschrieb und dies als Ausdruck der „Allmachtsphantasien einer politischen Elite“ deutete⁴³.

Gunnar Lindemann schrieb 2020 im Zusammenhang mit dem Anschlag auf Alexej Nawalny von „Beziehungen und Geldströmen zwischen Nawalny, **Soros** und dem Clinton-Obama Clan“ und hält die Vergiftung Nawalnys, den er als „**Marionette der USA**“ bezeichnete, für „Propaganda gegen die russische Regierung“⁴⁴. Chiffren wie „Soros“ und „Marionette der USA“ sind deshalb relevant, weil sie komplexe politische Vorgänge als Ergebnis

³⁸ <https://beatrixvonstorch.de/2024/01/19/bericht-aus-dem-bundestag-afd-aktuell-19-01-2024/>

³⁹ <https://beatrixvonstorch.de/2025/01/13/bericht-aus-dem-bundestag-afd-aktuell-13-1-2025/>

⁴⁰ Im Format „Freie Welt TV“ führte von Storch 2020 bspw. ein Interview mit dem Alt-right-Vordenker und „Breitbart“-Betreiber Steve Bannon: <https://freiewelt.net/tv/putsch-gegen-trump-steve-bannon-im-exklusivinterview-mit-beatrix-von-storch>.

⁴¹ <https://beatrixvonstorch.de/2023/09/21/bericht-aus-dem-bundestag-afd-aktuell-21-9-2023/>

⁴² <https://beatrixvonstorch.de/2022/05/09/bericht-aus-dem-bundestag-afd-aktuell-9-5-2022/>

⁴³ <https://www.gottfried-curio.de/single-post/der-great-reset-wunschtraum-der-eliten-alptraum-der-nationen>

⁴⁴ [https://www.facebook.com/afdlindeemann/posts/2051152581693413?_xts__\[0\]=68.ARDulk-grMwQvC0vo7LOCY_vo_6CAbDmEoEnPdLMC9H29w8hy6jiBSoU8H2inFxtld2mQSuxluz5u_yoPmmrP5y-kOhOjjJw66HNQVjA9CmtpssSe911Sq_znPm0jQWm6oncwRToGk-z5ZsXE50RkKC1GUY5DTllq1uacY5E_pwCFq4vsplQZtoOEL1BtJsNN1VLZ4jrhOoP-KVUxtb9fUnms_MD23_gonZcesQGn9lVriJpDBk0qCMz3wr9j8JQbWr-ZlxQ-L6E-yCrgB7GhKauC-bqGSzn-toCp2cDdz9_ZMZBFKWOqwRCfAsZd0ZEt9bChDUleBIMK2Rqs2pxerCfE9Ng](https://www.facebook.com/afdlindeemann/posts/2051152581693413?_xts__[0]=68.ARDulk-grMwQvC0vo7LOCY_vo_6CAbDmEoEnPdLMC9H29w8hy6jiBSoU8H2inFxtld2mQSuxluz5u_yoPmmrP5y-kOhOjjJw66HNQVjA9CmtpssSe911Sq_znPm0jQWm6oncwRToGk-z5ZsXE50RkKC1GUY5DTllq1uacY5E_pwCFq4vsplQZtoOEL1BtJsNN1VLZ4jrhOoP-KVUxtb9fUnms_MD23_gonZcesQGn9lVriJpDBk0qCMz3wr9j8JQbWr-ZlxQ-L6E-yCrgB7GhKauC-bqGSzn-toCp2cDdz9_ZMZBFKWOqwRCfAsZd0ZEt9bChDUleBIMK2Rqs2pxerCfE9Ng)

verdeckter Steuerung durch transnationale Eliten deuten. Sie können eine Brücke zum Antisemitismus darstellen, indem dieses Muster an klassische antisemitische Verschwörungsvorstellungen über **geheim operierende, weltpolitisch lenkende Mächte** anschließt – in diesem Fall über die Person Soros eindeutig **jüdisch konnotiert**.

Mutmaßliche Verbindungen zum Rechtsterrorismus

Birgit Malsack-Winkemann ist als **ehemalige AfD-Funktionärin** in Berlin und frühere Berliner AfD-Bundestagsabgeordnete ein besonders gravierendes Beispiel für personelle Überschneidungen der Partei mit staatsfeindlichen Milieus. Dass sie seit Dezember 2022 als mutmaßliches Mitglied der vom Generalbundesanwalt als terroristisch eingestuften **„Patriotischen Union“** aus der Reichsbürgerszene gilt, während sie zuvor von 2015 bis 2017 unter anderem stellvertretende Vorsitzende des AfD-Bezirksverbands **Steglitz-Zehlendorf** war, zeigt, dass solche Bezüge nicht nur am Rand, sondern bis in das frühere Berliner Funktionärsumfeld der Partei hineinreichten.

Verharmlosung von staatsfeindlichen Milieus und politischer Gewalt

Ronald Gläser, Autor der Jungen Freiheit und bei „Eigentümlich frei“ sowie bis zu seinem Wechsel in den Bundestag 2025 parlamentarischer Geschäftsführer der Berliner AfD-Fraktion steht dagegen exemplarisch für die **politische Verharmlosung und Normalisierung** solcher Milieus aus einer offiziellen Parteifunktion heraus. Wenn ein Berliner AfD-Abgeordneter und damaliger Sprecher für **Verfassungsschutzangelegenheiten** erklärt, die in der Mehrzahl „weitgehend harmlosen Reichsbürger“ würden nur vorgeschoben, um eine Zunahme rechtsextremer Aktivitäten zu behaupten und den Kampf gegen Linksextremisten und Islamisten nicht zu führen⁴⁵, relativiert er bewusst die demokratiefeindliche Qualität dieses Spektrums⁴⁶; dass Gläser zudem in einem privaten Chat ein als „Antifaneutralisator“ bezeichnetes **Sturmgewehr** mit „Haben will. Toll.“ kommentierte⁴⁷, fügt sich in das Bild einer politischen Kultur, die autoritäre und extremistische Grenzverschiebungen mindestens rhetorisch befördert.

⁴⁵ <https://afdKompakt.de/2018/08/24/harmlose-reichsbuerger-sollen-ablenken-vor-linksextremisten-und-islamisten/>

⁴⁶ <https://www.ezw-berlin.de/publikationen/artikel/die-afd-auf-den-pfaden-der-reichsbuerger>

⁴⁷ <https://www.bz-berlin.de/berlin/berliner-afd-parteisprecher-fand-sturmgewehre-gegen-antifa-toll>

Die LINKE Berlin: Risikoprofil aus jüdischer Perspektive

Dieses Risikoprofil bietet einen kompakten Überblick und wird durch die Belege im nachfolgenden Abschnitt fundiert.

1) Ideologische Grundlagen

- **Kurswechsel: Identitätspolitik auf Kosten solidarischer Minderheitenpolitik**
- **Antizionistischer Deutungsrahmen statt antisemitismuskritischer Sensibilität**
- **Ideologische Verengung und aktivistischer Dogmatismus**

Die LINKE versteht sich als sozialistische/antikapitalistische Kraft und bewegt sich grundsätzlich im Rahmen parlamentarischer Demokratie. Das zentrale Problem aus jüdischer Perspektive liegt weniger in ihrer polarisierenden sozial- oder wirtschaftspolitischen Programmatik als in der **Israel-/Palästina-Politik**, in Bündniskonstellationen und in Teilen der innerparteilichen Kultur, in der (insbesondere israelbezogene) antisemitische Deutungsmuster nicht abgewehrt bzw. sogar befeuert werden.

In der Berliner LINKE hat sich der Israel-Palästina-Komplex in den letzten Jahren von einem außenpolitischen Thema zu einem der **innerparteilichen Identitätsmarker** verschoben. „Palästinasolidarität“ fungiert dabei nicht primär als menschenrechtliche Position, die sich gegen Terror und ziviles Leid wendet und nach linken Wegen in eine friedliche Koexistenz von Israelis und Palästinensern sucht, sondern zunehmend als **hochemotionalisierte Lagerzugehörigkeit**: Wer dazugehört, übernimmt bestimmte Rahmungen und Schlagworte (Kolonialismus/Genozid/Apartheid), bestimmte Symbolpolitiken und bestimmte Bündnisse. Das ist eine **moralisch aufgeladene Freund-Feind-Politisierung**, in der Komplexität als Verrat gilt und Ambivalenzen (arabischer und islamistischer Terror, Antisemitismus in linken Gruppen, jüdische Selbstbestimmung) als Störung behandelt werden.

Leider sind diese Entwicklungen kein Alleinstellungsmerkmal des Berliner Landesverbandes. Im Mai 2025 hat der **Bundesparteitag** sich für einen Antrag⁴⁸ der BV Neukölln, BV Steglitz-Zehlendorf, Ferat Koçaks und weiteren Antragstellern entschieden, wonach die sogenannte **Jerusalem Erklärung** (JDA) zum Antisemitismus statt der international anerkannten und von der überwiegenden Mehrheit der jüdischen Organisationen begrüßten Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) für die LINKE handlungsleitend sein soll⁴⁹. Die LINKE stellte sich hier zudem **gegen**

⁴⁸ https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/G09_Antisemitismusdefinition.pdf

⁴⁹ <https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/hallescher-parteitag-2024/hallescher-parteitag/beschluesse-und-resolutionen/detail/news/antisemitismus-repression-und-zensur-bekaempfen-jerusalem-erklaerung-umsetzen-tragfaehiges-fundament-schaffen/>

die im Bundestag verabschiedeten Resolutionen “Nie wieder ist jetzt - Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken” und “Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen” (ebd.).

Damit gewinnt ein antizionistischer Deutungsrahmen an Dominanz, in dem Antisemitismuskritik weder als Reflexionsangebot noch als notwendige Solidarität mit Minderheiten vorkommt, sondern als „Zensur“ oder imperialistisches Instrument abgelehnt wird. Die Folge ist eine **ideologische Verengung**. Sören Benn, Ex-Bürgermeister von Pankow und langjähriges Linke-Mitglied, begründete seinen Austritt in Folge des Parteitag-Streits über linken und eliminatorischen Antisemitismus 2024 damit, dass die Partei „strategieunfähig“ geworden sei, „kein Gestaltungsprojekt, sondern ein **Identitätsprojekt**“⁵⁰.

Dem LINKE-Grundsatzprogramm einer „Demokratisierung aller Lebensbereiche“ steht dieser **identitäre und autoritäre Kurs** – theoretisch – entgegen. Die Parteimitglieder, die diesen Kurs – sei es aus ideologischen, sei es aus strategischen Motiven – halten, steuern die LINKE Berlin damit ins aktivistische Abseits.

2) Antisemitische und oder extremismusoffene Signale

- **Normalisierung antisemitischer Kampagnen gegen Israel**
- **Israelfeindliche und antisemitische Vorstöße von Teilstrukturen**
- **Legitimation palästinensischen islamistischen Terrors**
- **Zusammenarbeit mit extremistischen und islamistischen Akteuren**

Auffällig ist nicht nur das Auftreten einzelner problematischer Aussagen oder Aktionen, sondern der **Trend der innerparteilichen Grenzverschiebung**: Antizionistische, teils antisemitische Stimmen haben in Debatten über Nahost und Antisemitismus zunehmend **Oberhand und Deutungshoheit** gewonnen. Das zeigt sich daran, dass Versuche, Antisemitismus ausdrücklich auch „von links“ zu benennen oder islamistischen Antisemitismus als Triebkraft von Hamas-Terror klar zu markieren, parteiintern **abgemildert, gestrichen oder als unzulässige Rahmung** delegitimiert wurden. Wer solche Punkte setzt, wird nicht selten als Feind markiert.

Diese Entwicklung hat konkrete personelle Konsequenzen: Moderatere, antisemitismuskritische oder israelsolidarische Akteure wurden in Berlin **zum Austritt bewegt** oder politisch marginalisiert. Der Konflikt wird dabei nicht als legitimer Pluralismus innerhalb einer linken Partei verarbeitet, sondern zunehmend als **innerparteiliche Säuberungslgik**: Wer nicht in die dominante Erzählung passt, gilt als Problem, nicht als Teil der Debatte.

Diverse Beispiele können zudem als erhebliche **antisemitische, extremistische und teilweise verfassungsfeindliche Signale** bezeichnet werden, die aus Teilen der Berliner

⁵⁰ <https://www.zeit.de/news/2024-10/21/linke-landeschef-sieht-gespraechsbedarf-zu-parteitagsstreit>

Linken ausgesendet werden. Das betrifft nicht nur eine fortgesetzte **Dämonisierung und Delegitimierung Israels** inklusive der offenen Normalisierung von **BDS**⁵¹-Positionen, sondern auch eine teils alarmierende **Bündnisoffenheit gegenüber Akteuren aus dem extremistischen und islamistischen Spektrum**. Besonders gravierend ist, dass in Strukturen der Partei – namentlich im Umfeld der LAG Palästinasolidarität, aber auch in Bezirksverbänden wie Neukölln und Wedding – Formulierungen und Bündniskonstellationen auftauchen, die palästinensischen Terror als legitimen „Widerstand“ rahmen, die notwendige Abgrenzung gegenüber **Hamas**⁵², **Palästinensischem Islamischen Dschihad**⁵³ oder **PFLP**⁵⁴ verwässern und Kooperationen mit vom Verfassungsschutz problematisierten Strukturen nicht nur im Linksextremismus, sondern auch im Islamismus und palästinensischen Terrorismus nicht konsequent ausschließen.

Wenn Parteifunktionäre und Mandatsträger gleichzeitig an Demonstrationen mit Initiatoren aus dem Umfeld der mutmaßlichen **Hamas-Anhängerorganisation PGD**⁵⁵ mitwirken, Veranstaltungen mit israeldämonisierenden und spendenmobilisierenden Parolen anmelden oder BDS politisch und juristisch normalisieren, entsteht das Bild einer Partei, in der antisemitische Agitation gegen Israel, **antiwestliche Radikalisierung** und politische Anschlussfähigkeit an extremistische Milieus zumindest in relevanten Teilbereichen nicht mehr als Grenzüberschreitung, sondern als legitime Strategie des eigenen Lagers behandelt werden.

3) Strategie und Gangart

- **Abbruch von Diskussion und Vereinheitlichung der Parteilinie**
- **Parteiinterner Landgewinn durch antizionistischen Dogmatismus**
- **Eskalation über Umgang mit linkem und islamistischem Antisemitismus**

⁵¹ BDS („Boycott, Divestment and Sanctions“) ist eine internationale Kampagne, die zu Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen gegen Israel aufruft; der Deutsche Bundestag bewertete 2019 ihre Argumentationsmuster und Methoden in einem Beschluss als antisemitisch und forderte, BDS-nahe Aktivitäten nicht staatlich zu unterstützen.

⁵² HAMAS wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz als islamistische Terrororganisation eingeordnet, die einen islamistischen Staat auf dem gesamten Gebiet des historischen Palästina, also anstelle Israels sowie unter Einbeziehung von Westjordanland und Gaza, anstrebt; in Deutschland gilt seit dem 02.11.2023 ein Betätigungsverbot.

⁵³ Der Palästinensische Islamische Dschihad (PIJ) ist aus deutscher Sicherheits- und EU-Perspektive eine palästinensisch-islamistische Terrororganisation; der Verfassungsschutz führt ihn im Kontext extremistischer Nahostakteure, und die EU listet ihn seit 2001 als terroristische Vereinigung.

⁵⁴ Die PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas) wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz als landsbezogene extremistische Organisation eingestuft, die das Existenzrecht Israels bestreitet, den bewaffneten Kampf propagiert und seit 2002 von der EU als Terrororganisation gelistet wird.

⁵⁵ Die Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland (PGD) galt nach Einschätzung deutscher Verfassungsschutzbehörden als wichtigste Organisation von HAMAS-Anhängern in Deutschland; Ende November 2023 leitete der Verein im Kontext des am 2. November 2023 verhängten HAMAS-Betätigungsverbots seine Selbstaflösung ein.

- **Bekennniszwang und Lagerbildung durch Moralisierung und Emotionalisierung**

Die Berliner LINKE zeigt eine Strategie der **innerparteilichen Vereinheitlichung und Eskalation**: Debatten über linken Antisemitismus, islamistischen Terror oder problematische Bündnisse werden nicht offen geführt, sondern sprachlich entschärft, politisch zurückgedrängt und personell durch den Aufstieg entsprechender Akteure flankiert. Parallel wird ein zunehmend verbindlicher „**Pro-Palästina**“-Kurs durchgesetzt, **der israelso-lidarische, zionistische oder antisemitismuskritische Stimmen an den Rand drängt**, während polarisierende Figuren und Forderungen bewusst als Machtprobe im innerparteilichen Richtungsstreit eingesetzt werden. Einige Funktionsträger und Kandidaten scheinen diese Welle dabei teils stillschweigend, teils begleitet von vorsichtigen Relativierungen oder rhetorischen Abmilderungen zu reiten, ohne der zugrundeliegenden Radikalisierung klar und wirksam entgegenzutreten.

Strategisch setzt sich gleichzeitig zunehmend eine Logik durch, die eine **Wählermobilisierung entlang ethnischer Kategorien** über „Gaza/Palästina“ als **emotionalen Motor** forciert. Das Thema wird zum mitreißenden Signet, das Identität stiftet und moralische Dringlichkeit erzeugt – und zugleich als Zugpferd dienen soll, um klassische linke Felder wie Mieten, Löhne, soziale Infrastruktur mitzuziehen, die zwar wahlentscheidend sind, aber – nach Analyse der Linken – vor allem unter arabisch-migrantischen Wähler/innen weniger ziehen als der „Palästina“-Komplex. Diese Strategie wird offen benannt⁵⁶.

Das offenbart ein **fragwürdiges Demokratie- und Universalismusverständnis**. Denn damit wird gesetzt, arabisch-migrantische Berliner interessieren sich politisch nur für „Palästina“ – ihnen wird weder zugetraut noch abverlangt, sich selbstverantwortlich, nach eigener Abwägung und über unterschiedliche Sachfragen hinweg in demokratische Prozesse zu integrieren. Das **widerspricht dem Anspruch von Demokratie als universeller Bürgerpolitik**, die nicht über ethnisierte Zugehörigkeiten, sondern über gleiche Rechte, gleiche Maßstäbe und individuelle politische Mündigkeit funktioniert.

4) Bewertung aus jüdischer Perspektive

- **Normalisierung von Antizionismus mit antisemitischer Anschlussfähigkeit**
- **Verschiebung des sozial Akzeptablen zulasten jüdischer Sichtbarkeit und Sicherheit**
- **Fehlende innerparteiliche Abgrenzung gegen Extremismus- und Autorisierungstendenzen**

⁵⁶ Die stellv. Vorsitzende der LINKE Berlin begründet sie sinngemäß damit, dass in Stadtteilen wie dem Wedding viele Menschen trotz deutscher Staatsbürgerschaft nicht wählen, weil sie ihre „Wut und ihren Schmerz“, die sich besonders an „Palästina“ entzündeten, von der Politik sonst nicht anerkannt sähen; <https://theleftberlin.com/we-should-be-part-of-the-pro-palestine-movement-and-we-should-support-it/>

- **Moralische Konfliktverstärkung statt verlässlicher demokratischer Verantwortung**

Die Gefahr, die von signifikanten Teilen der LINKE ausgeht, ist weniger ein geschlossenes verfassungsfeindliches Projekt als die **Normalisierung** eines Milieus, in dem Israel als das singuläre Übel erscheint, in dem **antisemitische Projektionen** (codiert über Rechts-Extremismus-Vorwürfe, „Genozid“-Rahmen etc.) leichter andocken – und in dem **Distanzierungen von terroristischen und antisemitischen Akteuren im Umfeld nicht zuverlässig** sind. In einer Stadt, in der antisemitische Vorfälle im Kontext von Demonstrationen, Universitäten und Kulturkämpfen zunehmen, ist das sowohl für die Bürger/innen als auch für politische Verantwortungsträger relevant.

Für jüdisches Leben in Berlin bedeutet diese Milieunormalisierung ebenfalls eine **Verschiebung der Grenzen des sozial Akzeptablen** im öffentlichen Raum. Wenn **Israel als Projektionsfläche** für das absolut Böse gesetzt wird, wird jüdische Präsenz – sichtbar oder vermutet – schneller zum Ziel von Anfeindungen, Ausgrenzung oder Kontaktschuld. Jüdische Einrichtungen, Veranstaltungen und Personen geraten in ein Klima **erhöhter Sicherheitsrisiken**, in dem Selbstzensur, Rückzug aus Debatten und Vermeidung öffentlicher Sichtbarkeit zu nachvollziehbaren Schutzstrategien werden. Das trifft nicht nur Zionisten, sondern auch Juden, die sich politisch gar nicht äußern: Der Mechanismus wirkt über Zuschreibung, nicht über tatsächliche Positionen.

Die Partei hat (auch) in Berlin offenbar **keine wirksamen Mechanismen gegen Autorisierungs- und Extremismustendenzen**. Das ist nicht nur für kritische Stimmen innerhalb der Partei fatal, wie sich zuletzt am Austritt des brandenburgischen Antisemitismusbeauftragten Andreas Büttner zeigte, sondern auch ein Warnsignal für mögliche Koalitionspartner. In einer Koalition würde eine Partei, die so mobilisiert, voraussichtlich weniger als verlässlicher Sachpolitikpartner wirken, sondern als **permanenter moralischer Konfliktverstärker**: Sie würde außenpolitische Symbolfragen in die Regierungsarbeit hineinragen, kompromissfähige Lösungen diskreditieren und damit die Handlungsfähigkeit der Koalition gerade dort schwächen, wo Berlin Stabilität und nüchterne Problemlösung bräuchte.

Für jüdisches Leben ist das deshalb relevant, weil verlässliche demokratische Standards in Parteien – klare Abgrenzung, Sanktionierung, Antisemitismuskritik als Selbstverpflichtung – ein Schutzfaktor sind. Wo diese Standards ausfransen, werden jüdische Interessen und Sicherheitsbedarfe in der Praxis leichter relativiert, und jüdische Ansprechpartner in Politik und Verwaltung verlieren an Rückhalt. Jüdisches Leben braucht keine symbolischen Bekenntnisse unter Vorbehalt, sondern eine stabile politische Umwelt, in der Sicherheit, Gleichberechtigung und gesellschaftliche Teilhabe nicht verhandelbar sind.

Belege Die LINKE Berlin

Abbruch von Diskussion und Vereinheitlichung der Parteilinie

Eskalation über Umgang mit linkem und islamistischem Antisemitismus sowie Terrorismus 2024

Der Austritt mehrerer Linker aus dem Realo-Lager wurde durch einen auf dem **Landesparteitag im Oktober 2024 eskalierten Konflikt über den Umgang mit Antisemitismus** und die Haltung zum Krieg zwischen Israel und der islamistischen Hamas ausgelöst. Dabei stritt die Partei heftig über einen **Antrag aus dem Umfeld Klaus Lederers**⁵⁷, der Antisemitismus verurteilte und ausdrücklich auch linken Judenhass benannte. In der Änderungsdebatte wurde der Antrag weitgehend ausgehöhlt: Passagen zu linkem Antisemitismus sowie die Einordnung, Hamas und Hisbollah seien keine Befreiungsbewegungen, sondern von eliminatorischem Antisemitismus getrieben, flogen aus dem Text⁵⁸. Die Streichungen kamen vor allem aus dem Bezirksverband Mitte und Neukölln und wurden maßgeblich von Martha Kleedörfer unterstützt⁵⁹, die anschließend in Mitte zur Bezirkschefin und später zur stellvertretenden Landesvorsitzenden aufstieg⁶⁰. Sie will die LINKE zu einem Teil der „Pro-Palästina“-Bewegung machen und spricht sich dafür auch für eine **Zusammenarbeit mit Gruppen wie „Palästina Spricht“** aus⁶¹, die vom Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert extremistische Bestrebung geführt wird⁶².

Antizionistischer Dogmatismus bei ****BAG „Migrantische Linke/Links-Kanax“**** ab 2026

Ähnlich absolut wird die Linie bei der bundesweiten ****BAG „Migrantische Linke/Links-Kanax“**** vorgegeben, die sich beim (Neu-)Gründungstreffen im Januar 2026 konstituiert hat. Laut Berichterstattung fasste diese BAG dort einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegen Zusammenarbeit mit der BAG Shalom und entsprechenden Landesstrukturen, womit mittelbar auch die LAG Shalom Berlin betroffen ist⁶³. Es findet also gleichermaßen eine

⁵⁷ https://dielinke.berlin/fileadmin/user_upload/A4_-_BV_Pankow_-_Gegen_jeden_Antisemitismus_3.pdf

⁵⁸ https://dielinke.berlin/fileadmin/Parteitage/9_Landesparteitag/4_Tagung/AEA_4.1_-_BeVo_Mitte_-_Gegen_jeden_Antisemitismus_nach_Zeilen_.pdf

⁵⁹ <https://theleftberlin.com/we-should-be-part-of-the-pro-palestine-movement-and-we-should-support-it/>

⁶⁰ <https://www.tagesspiegel.de/berlin/als-konsequenz-fur-kriegsfuhrung-linke-in-berlin-mitte-will-keine-israelflagge-vor-rottem-rathaus--wegner-reagiert-14010095.html>

⁶¹ <https://theleftberlin.com/we-should-be-part-of-the-pro-palestine-movement-and-we-should-support-it/>

⁶² https://www.verfassungsschutz.de/DE/verfassungsschutz/der-bericht/vsb-auslandsbezogener-extremismus/2024-auslandsbezogener-extremismus_artikel.html#doc1943138bodyText7

⁶³ <https://jungle.world/artikel/2026/06/links-kanax-linkspartei-antizionismus-ein-gott-kein-vaterland-keine-community>

Engführung migrantischer Anliegen auf Palästina/Gaza und ein **autoritärer Ausschluss** antisemitismuskritischer, zionistischer und israelsolidarischer Personen statt – eine besondere Ironie angesichts der Tatsache, dass jüdisches Leben in Deutschland seit 1990 maßgeblich durch jüdische Migranten und Migrantinnen geprägt ist.

Kandidatur von BDS-Unterstützer Ahmed Abed als Zeichen der Polarisierung

Die **Kandidatur von Ahmed Abed** zum Neuköllner Bürgermeister kann als weiteres Signal der Polarisierung zwischen einem radikalisierten „Pro-Palästina“-Lager und gemäßigeren Stimmen in der Berliner LINKE gelten, weil seine Positionen und Auftritte diesen Konflikt zuspitzen – etwa durch die Beschimpfung des Bürgermeisters der israelischen Partnerstadt Bat Yam als „**Völkermörder**“, seine öffentliche Nähe zu **BDS-nahen** Milieus und seine konfrontative Rolle in der innerparteilichen Israel-/Antisemitismusdebatte (s.u.). Während vereinzelte Akteure wie die AGH-Spitzenkandidatin Elif Eralp zu beschwichtigen versuchen und betonen, Neukölln brauche einen Bezirksbürgermeister, der sich vor allem um Mieten, Sauberkeit und das gesellschaftliche Zusammenleben kümmere⁶⁴, hält das „**Palästina**“-Lager an der Zuspitzung fest: So erklärte Jorinde Schulz von Die Linke Neukölln, man lasse sich nicht einschüchtern und ziehe mit Abed als starkem Bürgermeisterkandidaten „**für soziale Gerechtigkeit und gegen den Genozid in Gaza**“ in den Wahlkampf (ebd.).

Israelfeindliche Delegitimierung und Eskalation durch Extremvorwürfe

In der Berliner LINKE, gerade im Umfeld der **LAG Palästinasolidarität**, arbeiten starke Kräfte daran, einen Diskurs der **Dämonisierung und Delegitimierung Israels** in der Partei zu verankern.

Israelfeindlicher und antisemitischer Antrag der LAG Palästinasolidarität

Laut einem Bericht⁶⁵ des Tagesspiegel, dem der im November 2025 intern diskutierte Antrag der LAG Palästinasolidarität vorliegt, wird Israel darin als „**zionistisches Apartheid-Regime**“ beschrieben, dessen Unterstützung durch Deutschland als Teil einer zu „**bekämpfenden**“ **deutschen Staatsräson** erscheint; zugleich wird unter der Formel der „**vollständigen Dekolonisierung Palästinas**“ ein einziger Staat auf dem gesamten Gebiet des „historischen Palästina“ gefordert, ohne den seit 1948 bestehenden Staat Israel überhaupt zu benennen. Auch wenn der Antrag am Ende abgelehnt wurde, zeigt bereits seine Einbringung in einer parteinahen Struktur, wie weitreichend der Versuch geht, eine

⁶⁴ <https://www.jungewelt.de/artikel/516021.vor-den-berliner-wahlen-foulspiel-vom-partEIFREUND.html>

⁶⁵ <https://www.tagesspiegel.de/berlin/wir-bekampfen-die-deutsche-staatsrason-berliner-linke-debattieren-bewaffneten-widerstand-gegen-israel-14955251.html>

Sprache und Programmatik durchzusetzen, in der Israel nicht mehr als legitimer Staat mit kritisierbarer Regierungspolitik, sondern als grundsätzlich illegitimes, zu überwindendes Gebilde erscheint.

Antisemitische Codes und Beschimpfung in der BVV Neukölln 2025

Ahmed Abed, Bürgermeisterkandidat der LINKE Neukölln, rief dem Bürgermeister der israelischen Partnerstadt Bat Yam, Tzvika Brot, bei dessen Besuch in der BVV Neukölln zu: „**Sie sind hier nicht willkommen**“ und nannte ihn „**Völkermörder**“⁶⁶. Diese Aussagen sind problematisch, weil sie einen demokratischen Repräsentanten einer Partnerstadt nicht als politischen Gesprächspartner behandeln, sondern ihn pauschal moralisch delegitimieren und aus dem legitimen öffentlichen Raum ausschließen. Für einen Politiker sind solche Äußerungen unangemessen, weil sie diplomatische Mindeststandards verletzen, zur **Eskalation** beitragen und eine sachliche politische Auseinandersetzung durch persönliche Diffamierung ersetzen. Darüber hinaus kann „Völkermörder“ als **antisemitische Chiffre** eingeordnet werden, die anderen Vertretern kriegsführender Staaten nicht angeheftet wird.

Die Co-Landesvorsitzende der LINKE Berlin Kerstin Wolter verteidigte Abeds Diffamierung des Bürgermeisters von Bat Yam („Dass der Besuch eines israelischen Bürgermeisters aus Netanjahus Partei angesichts der Zerstörung in Gaza auch Protest hervorruft, kann ich verstehen“)⁶⁷. Martha Kleedörfer (als Bezirksverordnete Mitte) bezeichnete Brot im Zuge dieser Vorfälle als Faschisten (ebd.).

Dämonisierung und Delegitimierung Israels bei der BVV Mitte 2025

Die **LINKE-Fraktion in der BVV Mitte** begründete im Juni 2025 ihren **Antrag zum Abhängen der Israel-Flagge am Roten Rathaus** u.a. „Solidarität mit der Zivilbevölkerung im Gazastreifen und in Palästina“ und „Rücksicht gegenüber palästinensischen Berliner*innen, für die dies ein belastendes Symbol der aktuellen Kriegsführung darstellt“⁶⁸. Die Fahne des jüdischen Staates wird per se als Bedrohung dargestellt; weder der Auslöser des Krieges noch die israelischen Geiseln wurden hierbei erwähnt. Im selben Antrag wurden „Räume, Beratungsangebote und Schutzmaßnahmen für Betroffene von antipalästinensischem Rassismus“ vom Bezirk gefordert, so als wären es nicht antisemitische Vorfälle, die in der Hauptstadt seit dem 7. Oktober mit mehr als sechs pro Tag im Jahr 2024 auf einem neuen Dauerhoch sind⁶⁹.

⁶⁶ <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/voelkermoerder-nach-dem-linken-eklat-in-neukoelln-jetzt-spricht-bat-yams-buergermeister/> ; <https://www.kuk-nk.de/2025/11/06/eklat-in-der-bvv/> ; <https://www.bz-berlin.de/berlin/neukoelln/neukoelln-linke-israel>

⁶⁷ <https://www.tagesspiegel.de/berlin/erst-eklat-in-neukolln-jetzt-in-mitte-berlins-linke-vizechefin-bezeichnet-israelischen-politiker-als-faschisten-14598647.html>

⁶⁸ https://www.instagram.com/p/DL9yA7oAhhf/?utm_source=ig_embed

⁶⁹ https://www.report-antisemitism.de/documents/2025-05-20_RIAS_Berlin_Pressemitteilung_Antisemitische_Vorfaelle_in_Berlin_2024.pdf

Terrorverharmlosung / Islamismus-Naivität bzw. Bündnisoffenheit

Interner Antrag zur Legitimation palästinensischen islamistischen Terrors 2025

Im oben erwähnten Antrag der umtriebigen LAG Palästinasolidarität aus dem November 2025 versucht die AG eine massive Relativierung palästinensischen islamistischen Terrors. Der Antrag bezeichnet laut Tagesspiegel den **„bewaffneten Kampf des palästinensischen Volkes“** als **„legitimen Ausdruck seines Selbstbestimmungsrechts“** und fordert die **„volle politische und materielle Unterstützung des palästinensischen Widerstands in all seinen Formen“**^{70,71}. Eine solche Formulierung legitimiert die Gewalt von Akteuren wie **Hamas, Palästinensischem Islamischen Dschihad** und verbündeten Gruppen: Statt islamistischen Terror gegen israelische (und palästinensische) Zivilisten klar zu benennen, wird er in einen allgemeinen Legitimationsrahmen des „Widerstands“ eingestellt. Dass darüber in einer Struktur der Berliner LINKE überhaupt ernsthaft debattiert wurde, stützt den Vorwurf, dass Teile der Partei nicht nur antiisraelische Radikalisierung befördern, sondern auch die notwendige klare Abgrenzung von **jihadistischem Terror** verwässern.

Zusammenarbeit mit extremistischen und islamistischen Akteuren im Internationalistischen Bündnis Berlin („Inter-Bündnis“)

Einzelne Teilorganisationen der Berliner LINKE sind besonders aktiv beim Versuch, die **Delegitimierung und Dämonisierung Israels** zu normalisieren und haben hierbei teilweise anscheinend keine Berührungspunkte gegenüber extremistischen und terroristischen Akteuren. So wird im Aufruf des „Inter-Bündnis“, dessen Mitglied die LAG ebenso ist wie der BV Neukölln und die BO Wedding, zum **„Palästina Antikolonial Block“** auf der Lenin-Liebknecht-Luxemburg Demonstration im Januar 2026 Israel nur als „zionistische Besatzungsmacht“ betitelt, die „Völkermord“ bzw. „Genozid“ verübe und mit der per se „kein[en] Frieden auf gestohlenem Land“ möglich sei⁷². Zum „Inter-Bündnis“ gehört neben BDS und anderen, vom Verfassungsschutz als „dogmatische Linksextremisten mit propalästinensischen Strukturen“ eingeschätzten Akteuren⁷³, auch das als **Mobilisierungsplattform von Hamas- und PFLP-Anhängern** eingeschätzte **„Vereinigte**

⁷⁰ Die Formulierung findet sich zudem in der HAMAS-Charta von 2017: „resistance to the occupation by all methods and means is a legitimate right“, s. bspw. <https://jewishvirtuallibrary.org/hamas-2017-document-of-general-principles-and-policies>

⁷¹ <https://www.tagesspiegel.de/berlin/wir-bekampfen-die-deutsche-staatsrason-berliner-linke-debattieren-bewaffneten-widerstand-gegen-israel-14955251.html>

⁷² <https://web.archive.org/web/20260117041129/https://international.nostate.net/2026/01/liebknecht-luxemburg-demo-2026-hinein-in-den-antikolonialen-palastina-block>

⁷³ <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/linksextremismus/palaestina-solidaritaet-im-dogmatischen-linksextremismus.html#doc1753036bodyText2>

Palästinensische Nationalkomitee^{74,75}. Es bekennt sich zudem zu einer „Kampagne des akademischen Boykotts“ Israels.

Stadtfest mit Hamas- und PFLP-naher Organisation 2025

Neben der Bündniszusammenarbeit einiger LINKE-Organisationen mit der von **Hamas- und PFLP- Kooperationsplattform** „Vereinigtes Palästinensische Nationalkomitee“ feierte die Linke BV Neukölln im August 2025 auch ein Fest mit dieser⁷⁶. Co-Sprecher der LINKE Neukölln, Hermann Nehls, bagatellierte die Einschätzung des Verfassungsschutzes: „Ich gehe davon aus, dass bei allen eingeladenen Gästen keine Nähe zur Hamas zu sehen ist.“ Von der Co-Landesvorsitzenden Wolter kam Kritik („Die Linke Neukölln muss jetzt klären, wer bei ihr auftritt [...] Organisationen und Personen, die der Hamas nahestehen oder ihren Terror billigen, sind definitiv keine Bündnispartner für uns. (...) „Wassermelonen immer, Hamas niemals.“)⁷⁷, das Fest wurde aber dann auf Betreiben der AG Palästina-Solidarität, die sich im Nachhinein nochmals explizit mit dem VPNK solidarisierte, doch durchgeführt⁷⁸.

Initiierung einer Demonstration mit Vertreter der HAMAS-Teilorganisation „Palästinensische Gemeinde Deutschland“ 2025

Parteivorsitzende Ines Schwerdtner und Ahmed Abed erscheinen mit einigen weiteren neben Khaled Hamad, als Vertreter der – angeblich am 30. November 2023 aufgelösten – **Palästinensischen Gemeinde Deutschland**, als Initiatoren der Demonstration „Zusammen für Gaza“ am 27.09.2025^{79,80}. Hamad bewarb die Demonstration auch unter dem PDG-Logo auf Facebook⁸¹. Die PGD stand zum Zeitpunkt des HAMAS-Verbots im Verdacht, eine **Anhängerorganisation der HAMAS** zu sein⁸².

Als Erstunterstützer scheinen viele weitere LINKE-Politiker, u.a. Ferat Koçak, Jorinde Schulz, Vedi Emde (Vorstandsmitglied Die LINKE Neukölln), Kerstin Wolter (Landesvorsitzende Die LINKE Berlin), Nina Pietropoli (Vorstandsmitglied Die LINKE Neukölln, LAG

⁷⁴ <https://web.archive.org/web/20260306093208/https://interbuendnis-berlin.com/de/home/>

⁷⁵ <https://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/publikationen/verfassungsschutzberichte/verfassungsschutzbericht-2023-pressefassung.pdf>

⁷⁶ <https://www.zeit.de/news/2025-08/06/linke-neukoelln-plant-fest-trotz-hamas-naher-teilnehmer>

⁷⁷ <https://gewerkschaftliche-linke-berlin.de/offener-brief-an-den-landesvorstand-die-linke-berlin-lag/>; <https://www.tagesspiegel.de/berlin/vereinigtes-palastinensisches-nationalkomitee-linke-neukoelln-ladt-hamas-unterstuetzer-zu-veranstaltung-ein-14139170.html>

⁷⁸ <https://www.die-linke-neukoelln.de/mitmachen-veraltet/ag-palaestinasolidaritaet-in-der-linken-neukoelln/>

⁷⁹ <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2025/09/berlin-all-eyes-on-gaza-demonstration-pro-palaestinis-kundgebung.html>

⁸⁰ <https://web.archive.org/web/20250927211428/http://www.zusammen-fuer-gaza.de/>

⁸¹ <https://www.facebook.com/reel/1744961229552148>; <https://web.archive.org/web/20260224103100/https://www.facebook.com/reel/1744961229552148>

⁸² <https://dserver.bundestag.de/btd/20/145/2014582.pdf>

Palästinasolidarität) auf⁸³. Co-Landesvorsitzende Wolter und Spitzenkandidatin zur Abgeordnetenhauswahl Eralp traten zudem in einem Werbevideo für diese Demonstration auf⁸⁴.

Ferhat Koçak: Social-Media-Beiträge mit dem Propagandamedium „Red“

Koçak, Galionsfigur der Neuköllner LINKE, gut ins Milieu der **trotzkistischen Gruppe Marx21** vernetzt und Anmelder zahlreicher „pro-palästinensischer“ Kundgebungen, veröffentlichte gemeinsame Beiträge mit dem (mittlerweile eingestellten) Portal „Red“, dem vorgeworfen wird, antiisraelische und islamistische Propaganda zu verbreiten⁸⁵; „Red“, das laut taz-Recherchen Verbindungen zum russischen **Propagandaorgan RT** hat, hat u.a. auch Interviews mit Vertretern der **Hisbollah**⁸⁶ und dem **Palästinensischen Islamischen Dschihad**⁸⁷ oder den **Huthis**⁸⁸ geführt; dem verstorbenen **PFLP**-Chef George Habasch wird anlässlich seines Geburtstages „gratuliert“ (ebd.). „Zum ersten Jahrestags des Hamas-Massakers vom 7. Oktober interviewte das Portal Greta Thunberg auf einer Demo mit dem Motto „Glory to the Resistance“ in Berlin-Kreuzberg.“⁸⁹

Ferhat Koçak: Einladung von Jeremy Corbyn nach Neukölln⁹⁰

Koçak organisierte zudem 2025 einen Wahlkampfauftritt von **Jeremy Corbyn** in Neukölln⁹¹; nach Kritik wurde er abgesagt. Corbyn steht seit Jahren wegen Antisemitismusdebatten in der Labour-Partei in der Kritik; zudem ist dokumentiert, dass er die **HAMAS** 2009 als „Freunde“ bezeichnete.

Palästina-„Solidaritätskonzert“ in Neukölln mit Israeldämonisierung und Spendensammlung 2024

Koçak war laut Berichten auch Anmelder einer Veranstaltung in Berlin-Neukölln im September 2024, beworben u.a. mit dem Motto „Gegen Polizeigewalt, **Genozid und Apartheid**. Berlin steht für Palästina.“⁹² Neuköllns Bezirksbürgermeister Hikel äußerte Unverständnis und verwies auf Erfahrungen mit **antisemitischen Parolen** bei ähnlichen Veranstaltungen (ebd.). Auf der Veranstaltung **gesammelte Spenden** sollten u.a. an die

⁸³ <https://web.archive.org/web/20250927211428/http://www.zusammen-fuer-gaza.de/>

⁸⁴ https://www.instagram.com/p/DO_VFlhDG-4/?hl=de

⁸⁵ <https://taz.de/RT-nahes-Medium-Red/!6039623/>

⁸⁶ <https://odysee.com/@redstreamnet:7/exclusive-interview-with-hezbollah-mp-on:c> (rechtsextrem frequentierte Verschwörungsplattform)

⁸⁷ <https://www.patreon.com/posts/one-year-after-7-113410855>

⁸⁸ <https://taz.de/RT-nahes-Medium-Red/!6039623/>

⁸⁹ <https://taz.de/Vorwuerfe-der-Finanzierung-aus-Russland-/!6089295/>

⁹⁰ <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/ferat-kocak-landet-wahlerfolg-in-neukoelln/>

⁹¹ <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/jeremy-corbyn-bezeichnete-hamas-und-hisbollah-als-freunde-neukoellner-linke-laedt-israelhasser-ein-li.2293379>

⁹² <https://www.welt.de/politik/deutschland/article253492336/Berlin-Neukoelln-Bezirksbuergemeister-entsetzt-Polizei-sieht-Pro-Palaestina-Konzert-als-Versammlung.html>

Palestinian Peoples Party (die ehemalige marxistisch-leninistische Palestinian Communist Party, deren Zusammenschluss mit PFLP und DFLP für Wahlen zur PA 2021 wohl an ungelösten Machtstreitigkeiten scheiterte⁹³) und ihre „Genoss:innen in Gaza“ gehen⁹⁴.

Normalisierung antisemitischer Kampagnen gegen Israel

BDS-Nähe von Ahmed Abed, Bürgermeisterkandidat der BV Neukölln

Ahmed Abed, Fraktionsvorsitzender der BVV Neukölln, hat sich in den letzten Jahren nicht nur als Politiker, sondern auch als Anwalt als Unterstützer der antisemitischen **BDS-Kampagne** und der zugehörigen Szene profiliert⁹⁵. Hinzu kommt eine öffentliche Positionierung auf der Website bds-kampagne.de aus dem Jahr 2025, wo Abed als Rechtsanwalt vorgestellt wird, der „zahlreiche Betroffene“ gegen Anti-BDS-Maßnahmen vertrete und die staatliche Anti-BDS-Politik scharf kritisieren⁹⁶. Der Bundestag hat sich bereits 2019 mehrheitlich gegen die BDS-Kampagne gestellt, der Verfassungsschutz beobachtet die Gruppe und bezeichnet den Berliner Ableger als „verfassungsfeindliche Bestrebung“⁹⁷. Ergänzt wird dieses Bild durch eine Einordnung in der Jüdischen Allgemeinen von 2026: Dort wird unter Verweis auf AJC-Berlin-Direktor Remko Leemhuis problematisiert, dass aus einzelnen Mandaten eine dauerhafte Rolle als eine Art „**Hausanwalt**“ eines **antiisraelischen beziehungsweise antisemitischen Milieus** geworden sein könnte⁹⁸. Zusammengefasst ergeben diese Punkte deutliche Hinweise auf eine politische und juristische Nähe zu BDS-nahen beziehungsweise antiisraelischen Strukturen.

BDS-Unterstützung durch LAG Palästinasolidarität

Auch die **Landesarbeitsgruppe (LAG) Palästinasolidarität** zeigt eine solche Nähe und versuchte auf dem Landesparteitag im November 2025 eine Normalisierung der in der entsprechenden Bundestagsresolution als antisemitisch bezeichneten BDS-Kampagne voranzutreiben. Irrführenderweise benannte die LAG ihren Antrag A19 „BDS und PACBI entkriminalisieren – zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Apartheid und Besatzung stärken“, wobei die **BDS-Kampagne und die damit verbundene „Palestinian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel“** ja nicht tatsächlich kriminalisiert sind,

⁹³ <https://www.middleeasteye.net/news/palestine-elections-failure-left-wing-talks-joint-list?>

⁹⁴ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article253492336/Berlin-Neukoelln-Bezirksbuergemeister-entsetzt-Polizei-sieht-Pro-Palaestina-Konzert-als-Versammlung.html>

⁹⁵ <https://www.lto.de/recht/justiz/j/vg-berlin-2k7920-bds-israel-boykott-bewegung-klage-bundestag-beschluss-distanzierung>

⁹⁶ <https://bds-kampagne.de/kollateralschaden-menschenrechte-die-bundesrepublik-gegen-bds/>

⁹⁷ https://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/publikationen/verfassungsschutzberichte/web_vsb_2024_endfassung.pdf?ts=1760108501

⁹⁸ <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/ahmed-abed-nominierung-der-linken-sorgt-fuer-scharfe-kritik/>

sondern lediglich von logistischer und finanzieller Unterstützung durch die öffentliche Hand ausgeschlossen werden sollen.

Parteinachwuchs: Linksjugend [‘solid]

Zwar ist der Bundesverband [‘solid] mit seinen Landesorganisationen ein eigenständiger Verband, ist jedoch von der Partei finanziell abhängig und ideologisch verbunden. Entwicklungen innerhalb der Linksjugend müssen daher bei der Betrachtung der LINKE ernstgenommen werden, auch, weil der Nachwuchs künftig deren Landes- und Bundespolitik prägen wird. Dass dieser in Teilen besonders radikal ist, zeigen wiederholte Eklats, die nicht als Einzelfälle abgetan werden können, sondern auf strukturellen **Israelhass, Shoahrelativierung** und politische Gewalt hindeuten.

Beim **Bundeskongress im Herbst 2025** stimmten 70 Prozent für einen antisemitischen Antrag, der Israel als „koloniales und rassistisches Staatsprojekt“ bezeichnet und fordert, „die Befreiung Palästinas“ müsse „als Teil einer breiteren demokratischen und sozialistischen Revolution betrachtet werden, die den Imperialismus und Kapitalismus aus der Region herauswirft“^{99,100}. Damit legt sich der Verband offiziell auf eine rabiat antiisraelische Linie fest. Vom Kongress ist von **Drohungen und Gewalt** gegenüber gemäßigeren Teilnehmern berichtet worden. Die Bundessprecherin Martha Wüthrich relativierte auf dem Landesparteitag 2025 in einem inzwischen gelöschten Video den Holocaust¹⁰¹. Ein Änderungsantrag der Linksjugend, der den Begriff des Genozids in den Leitantrag des Landesvorstands aufnehmen wollte, scheiterte denkbar knapp. 75 zu 62 bei 18 Enthaltungen lautete das Abstimmungsergebnis und spiegelt damit das Kräfteverhältnis innerhalb des Landesverbands¹⁰².

Der Berliner Landesverband der linksjugend [‘solid] hatte schon Anfang Oktober 2025 auf seiner 38. Landesvollversammlung eine inhaltlich sehr ähnliche, teilweise wortgleiche Linie beschlossen. In dem auf der Bundesseite dokumentierten Beschluss „Nie wieder zu einem Völkermord schweigen“ heißt es unter anderem, man habe versagt, „den **kolonialen und rassistischen Charakter des israelischen Staatsprojekts**“ anzuerkennen und „die Verbrechen des israelischen Staates, vom Apartheidsystem bis zum Genozid in Gaza“ klar zu benennen^{103,104}. Genau dieser Beschluss wurde später auf dem XVIII. Bundeskongress als A12 verabschiedet.

⁹⁹ <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/linken-spitze-distanziert-sich-von-partiejugend/>

¹⁰⁰ <https://www.linksjugend-solid.de/beschluss/nie-wieder-zu-einem-voelkermord-schweigen/>

¹⁰¹ In Bezug auf die Situation in Gaza rief sie dort „Das ist ein Völkermord. Das ist ein fucking Holocaust. Das ist der Holocaust!“, ein Videomitschnitt ist vorhanden. Im Februar 2026 entschied das thüringische Landesschiedsgericht der LINKE, Wüthrich deshalb die Mitgliedsrechte in der Partei für zwei Jahre zu entziehen und ihr alle Parteiämter und Mandate abzuerkennen.

¹⁰² <https://www.europearound.com/gessllschaft/4871.html>

¹⁰³ <https://www.linksjugend-solid.de/beschluss/nie-wieder-zu-einem-voelkermord-schweigen/>

¹⁰⁴ <https://www.linksjugend-solid.de/notification/statement-zum-a12-vom-xviii-bundeskongress/>

Im März 2026 waren es dann unter anderem zehn örtliche Linksjugend-Gruppen und die LAG Palästinasolidarität vor Ort, die die **LINKE Niedersachsen** allen Ernstes zu einer „**Ab-
lehnung des Zionismus**“ aufforderten¹⁰⁵. Dieser wird als „rechtsextreme Ideologie“, als „rassistisch und ethnonationalistisch“ phantasiert, während die Antragsteller sich in einem abenteuerlichen Ritt durch historische Halbwahrheiten und Projektionen in heroischer Opfergemeinschaft mit dem palästinensischen Volk gegen „Genozid“, „Apartheid“ und „die westliche Kriegsmaschinerie“ kämpfen sehen (ebd.). Der Antrag wurde als „Ab-
lehnung des real existierenden Zionismus“¹⁰⁶ mit großer Mehrheit angenommen und es ist zu befürchten, dass ähnliche Vorstöße derart radikalisierte antizionistische (Jugend-)Organisationen auch anderswo Früchte tragen.

Wertinitiative – jüdisch-deutsche Positionen e.V.
April 2026

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

¹⁰⁵ https://www.dielinke-nds.de/fileadmin/lv/Parteitage/10_Parteitag_2_Sitzung/Antraege-7.pdf

¹⁰⁶ https://www.dielinke-nds.de/fileadmin/user_upload/A01_geaendert.pdf